

5.7.01; RTHK, Radio 3, 3.7.01, nach BBC PF, 4.7.01; *Washington Post*, 5.8.01; www.clearwisdom.net) -hol-

11 Staatsexamen für Juristen ab 2002

Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses hat Ende Juni zwei Gesetzesänderungen verabschiedet, gemäß derer Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte sich ab Januar 2002 in einem landesweit einheitlichen juristischen Staatsexamen qualifizieren werden müssen.

Die beiden Änderungen zum Richtergesetz und zum Staatsanwaltgesetz, die mit Beginn des kommenden Jahres in Kraft treten werden, sehen vor, dass alle Kandidaten für Richter- und Staatsanwaltsämter sich in Zukunft durch die Teilnahme an dem juristischen Staatsexamen zu qualifizieren hätten. Das Examen sei so angelegt, dass nur wirklich kompetente Kandidaten die Qualifikation erhalten werden. Präsidenten und Vizepräsidenten der Gerichtshöfe ebenso wie die Obersten Staatsanwälte und deren Stellvertreter sollten wiederum aus den Reihen der jeweils besten tätigen Richter und Staatsanwälte ausgewählt werden. Die Gesetzesänderungen sehen ferner strengere Aufsichts- und Kontrollrichtlinien für die innere Verwaltung des Justizsystems vor.

Gemäß eines Rundschreibens, das drei Wochen später vom Obersten Volksgerichtshof der VR China erging, haben sich darüber hinaus auch alle bereits im Amt befindlichen Richter einer Überprüfung ihrer beruflichen Qualifikation zu stellen. Alle diejenigen, die ihre Qualifikation nicht durch das vorgesehene Staatsexamen oder durch eine mindestens zweijährige Hochschul- ausbildung nachweisen könnten, seien umgehend aus ihren Ämtern zu entfernen. Sie seien durch solche Personen zu ersetzen, die das neu einzuführende Staatsexamen erfolgreich bestanden hätten. Übergeordnete Volksgerichtshöfe seien dafür verantwortlich, dass in den ihnen administrativ jeweils unterstellten Volksgerichtshöfen die neuen Regelungen konsequent umgesetzt würden.

Für das Verwaltungsgebiet der Regierungsunmittelbaren Stadt Beijing wurde schließlich Anfang Juli eine

„Verordnung für zertifizierte Rechtsanwälte“ bekannt gegeben, die zunächst probeweise in Kraft treten wird, längerfristig aber möglicherweise als Standard für eine landesweite Regelung dienen soll. Seit der Einführung eines Rechtsanwaltsystems im Jahr 1979 haben sich bis Ende Juni dieses Jahres 417 Rechtsanwaltsbüros registrieren lassen; insgesamt sind 5.268 zertifizierte Rechtsanwälte in Beijing tätig (*Fazhi Ribao*, 1.7.01; XNA, 30.6.01, nach BBC PF, 2.7.01; XNA, 17.7.01) -hol-

12 Landesweite Kontrolle von Internet-Cafés

Auf gemeinsame Initiative der Ministerien für Informationsindustrie, für Öffentliche Sicherheit und für Kultur sowie der Staatlichen Verwaltungsbehörde für Industrie und Handel sind seit April dieses Jahres Internet-Cafés in ganz China einer Überprüfung unterzogen worden.

Nach jüngsten offiziellen Angaben sind zwischen April und Juli rund 56.800 Internet-Cafés kontrolliert worden. Von diesen wurden rund 6.000 vorübergehend mit einem Betriebsverbot belegt, während etwa 2.000 vollständig geschlossen wurden. Eine andere Quelle spricht von insgesamt 78.000 kontrollierten Internet-Cafés, von denen 9.579 mit Auflagen belegt, 2.494 mit einem vorübergehenden Betriebsverbot belegt und 2.337 vollständig geschlossen worden sein sollen.

Die Hintergründe für die Schließungen sind vielschichtiger, als die in der internationalen Presse verwandte Bewertung als „largest crackdown on Internet cafés since the Web came to the country“ (IHT, 15.6.01) nahelegt. Tatsächlich dürfte das Hauptmotiv der Kampagne nicht die politische Kontrolle über die Verbreitung von und den Zugang zu sensitiven Web-Informationen, sondern vielmehr die administrative und kommerzielle Regulierung des Internet-Sektors sein. Bei der Großzahl der geschlossenen Stätten handelt es sich nicht nur nach offizieller Darstellung, sondern auch nach Meinung chinesischer Internetnutzer um solche Internet-Cafés, die ohne Lizenz betrieben worden sind, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen oder sons-

tige betriebliche Unregelmäßigkeiten aufweisen.

Angesichts des boomenden Internet-„Marktes“ – Ende Juni 2001 wurden landesweit 26 Mio. Internetnutzer gezählt – sind die Anreize für den „schwarzen“ Betrieb von Internet-Cafés in den vergangenen Jahren sehr groß gewesen. Seit 1997 unterliegt die behördliche Aufsicht über diesen Bereich – ähnlich wie die Verbrechensbekämpfung in China – erheblichen Schwankungen. Sporadische Wellen der Kontrolle wie die jüngste Kontrollkampagne wechseln mit Phasen der stillschweigenden Duldung ab, ohne dass diesem Muster notwendig politische Entscheidungen im Sinne eines gezielten „crackdown“ zu Grunde lägen. (XNA, 12., 20.7.01; Xinhua, 11.7.01, nach BBC PF, 24.7.01; IHT, 15.6.01; SCMP, 12.7.01) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Unterstützung für Universitäten im Westen

Im Rahmen des Programms „Aufbau West“ gilt dem Bildungswesen besondere Aufmerksamkeit. Schulpartnerschaften, Entsendung von Lehrkräften aus den entwickelten Ostgebieten in die unterentwickelten Westgebiete des Landes, Fortbildungsangebote und Schulungskurse für Lehrer aus den westlichen Gebieten sind einige der Methoden, mit denen versucht wird, das rückständige Schulwesen im Westen zu entwickeln. Jetzt werden die diesbezüglichen Anstrengungen auch auf den Hochschulbereich ausgedehnt. Kürzlich hat das Bildungsministerium beschlossen, verstärkt die Universitäten und Hochschulen in den Westgebieten zu fördern. Es will den Aufbau einer Reihe guter Universitäten im Westen finanziell unterstützen, und zwar mit staatlichen Investitionen, Bankkrediten und finanzieller Unterstützung durch das Ausland. Durch spezielle Stipendienprogramme sollen Studenten aus bedürftigen Familien in die Lage versetzt werden, ihr Studium zu beenden. Weitere Schwerpunkte sind der

Ausbau des chinesischen Datennetzes für Erziehung und Wissenschaft CERNET, an das die Universitäten in den Westgebieten angeschlossen werden sollen, die Ausrüstung der Universitäten mit Computern und der Aufbau von Bibliotheken. Überdies wird ein Programm zur Ausbildung jüngerer Lehrkräfte und Verwaltungsleute für die westlichen Universitäten in die Wege geleitet; darin ist vorgesehen, dass innerhalb von drei Jahren eintausend Dozenten und Verwaltungsfachleute sowie einhundert wissenschaftliche Führungskräfte für die Westgebiete ausgebildet werden.

In der Praxis wird die Unterstützung hauptsächlich über Partnerschaften abgewickelt. Dies bedeutet, dass hervorragende Universitäten aus Ostchina Universitäten in Westchina betreuen und unterstützen. Bislang gibt es dreizehn solcher Partnerschaften. Beteiligt sind z.B. aus dem Osten die Qinghua-Universität und die Zhejiang-Universität, aus dem Westen die Südwestchinesische Jiaotong-Universität und die Jiaotong-Universität Xi'an sowie die Universitäten Guizhou, Tibet und Xinjiang. (GMRB, 12.7.01, A2)

Die heutigen Methoden der Unterstützung versprechen mehr Erfolg als die frühere Methode, nach der Fachleute aus den Städten des Ostens zwangsweise in die westlichen Provinzen geschickt wurden und dort bleiben mussten. Heute bemüht man sich, in erster Linie finanzielle und technische Hilfe zu leisten sowie einheimische Kräfte auszubilden und zugleich Leute aus den östlichen Gebieten nur befristet in den unterentwickelten Gebieten arbeiten zu lassen. Die Ausbildung eigener gut qualifizierter Hochschulabsolventen ist für die Entwicklung der Westgebiete von entscheidender Bedeutung. Insofern ist das Programm nur zu begrüßen. -st-

14 Graduiertenausbildung

In China wird die Graduiertenausbildung mit großem Nachdruck vorangetrieben. Angesichts der raschen wirtschaftlichen Entwicklung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hat das Land einen großen Bedarf an hoch qualifizierten Akademikern. Das Graduiertenstudium zur Erlan-

gung des Magister- oder Doktorgrades wurde nach 1978 wiedereingeführt. Wurden zunächst überwiegend Naturwissenschaftler und Techniker ausgebildet, so hat man seit einigen Jahren erkannt, dass auch Sozialwissenschaftler in zunehmendem Maße benötigt werden. Wichtigste Ausbildungsstätte für diese ist die Graduiertenschule der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, die 1978 gegründet wurde. Seitdem schlossen dort etwa 5.000 Forschungsstudenten ein Graduiertenstudium mit dem Magister oder der Promotion ab. Gegenwärtig studieren dort etwa eintausend Forschungsstudenten. An der Graduiertenschule der Akademie gibt es sechs Fakultäten, und zwar Philosophie, Jura, Literaturwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Internationale Fragen. Für das Graduiertenstudium stehen 400 Betreuer für Promovenden und 500 Betreuer für Magistranden zur Verfügung. Außerdem gibt es zwanzig Postdoc-Stellen.

Zunehmender Beliebtheit erfreut sich der MBA (Master of Business Administration), was als Zeichen der boomenden Marktwirtschaft gewertet wird. Derzeit studieren über 25.000 Studenten in MBA-Programmen. Die Zahl der Universitäten, die diesen Studiengang anbieten, ist in den neunziger Jahren stark angewachsen. Während es 1991 erst neun Universitäten mit 81 Studenten waren, kann man mittlerweile an 64 Universitäten ein MBA-Studium aufnehmen. Die besten Chancen haben Graduierte mit guten Englischkenntnissen, die für ausländische Firmen arbeiten und ein so gutes Einkommen haben, dass sie die hohen Studiengebühren von 50.000 bis 100.000 Yuan bezahlen können.

Speziell für den öffentlichen Dienst wurde in den neunziger Jahren ein neuer Magistergrad eingeführt, der MPA (Master of Public Administration). Die Graduierten, die ein MPA-Studium aufnehmen, werden für die öffentliche Verwaltung in Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ausgebildet. Das Besondere an diesem Studiengang ist, dass er sehr praxisorientiert ist. Folglich qualifiziert er nicht für eine wissenschaftliche Karriere, sondern für die Verwaltungspraxis. Die Bewerber müssen ein abgeschlossenes Hochschulstudium vorweisen und mindestens über vier

Jahre Berufspraxis in der Verwaltung von Regierungs- oder Nichtregierungsorganisationen verfügen, d.h., man kann den MPA-Studiengang nicht unmittelbar nach Beendigung der Hochschule aufnehmen. Das Graduiertenstudium für den MPA dauert zwei bis vier Jahre und kann als Ganztags- oder Teilzeitstudium absolviert werden. Derzeit wird es an 24 Universitäten angeboten, darunter an der Qinghua-Universität, der Volksuniversität und der Pädagogischen Hochschule Beijing. In diesem Jahr sind gut 2.400 MPA-Kandidaten für das Graduiertenstudium zugelassen worden. (Vgl. RMRB, 13.7.01, S. 6; XNA, 10.7.01; RMRB, 9.7.01) -st-

15 Bestimmungen über technische Dienste für Geburtenplanung

Im Juni hat die chinesische Regierung „Bestimmungen über die Verwaltung der technischen Dienste für die Geburtenplanung“ erlassen. Die Bestimmungen wurden am 7.7.01 in der *Volkszeitung* veröffentlicht. Sie treten am 1. Oktober 2001 in Kraft. Das Dokument besteht aus sechs Kapiteln und 42 Artikeln. Es regelt die staatlich kontrollierte organisatorische Seite der Familienplanung. In den allgemeinen Grundsätzen heißt es, dass die technischen Dienste für Geburtenplanung nach dem Prinzip der Verbindung von staatlicher Führung und freiem Willen des Einzelnen arbeiten sollen. Den Bürgern wird zugesichert, dass sie bezüglich der Verhütungsmethoden frei entscheiden können. Der Staat garantiert den Bürgern das Recht auf entsprechende Dienstleistungen. Institutionen, die Familienplanungsdienste anbieten, müssen im Einverständnis mit der Person handeln, die die Dienste in Anspruch nimmt.

Entsprechend der Politik, den Schwerpunkt der Familienplanung aufs Land zu verlegen, wird in den Bestimmungen den Landgemeinden und -städten besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Während in größeren und mittelgroßen Städten die technischen Dienste für Geburtenplanung in der Regel von medizinischen Einrichtungen oder von Gesundheitszentren für Frauen und Kinder ausgeübt werden, sind es auf dem Lande zu-

meist die technischen Dienstleistungszentren. Häufig entsteht Kompetenzgerangel zwischen medizinischen Einrichtungen wie Krankenhäusern und den technischen Dienstleistungszentren. Deshalb regeln die Bestimmungen die Zuständigkeiten, und zwar in der Weise, dass – wenn vorhanden – die medizinischen Einrichtungen zuständig sind. Doppelte Einrichtungen sollen vermieden werden. Wenn es in einem Ort eine medizinische Einrichtung gibt, so braucht kein Dienstleistungszentrum eingerichtet zu werden; wenn beides vorhanden ist, sollen beide Institutionen zusammenarbeiten. Private medizinische Einrichtungen dürfen keine Geburtenregulationsoperationen durchführen. Ausführlich werden die Kontrollfunktionen der jeweils übergeordneten Familienplanungsamter und -behörden behandelt.

Ein eigenes Kapitel ist den Strafen bei Verletzung der Bestimmungen gewidmet. Eine solche liegt vor, wenn beispielsweise nicht vom Staat autorisierte Personen oder Institutionen medizinische Maßnahmen durchführen, wenn nicht genehmigte Medikamente oder Hilfsmittel verwendet werden, wenn widerrechtlich Gebühren für die Dienste erhoben werden, wenn die Verwaltungen ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen oder Gesetzesverstöße nicht untersuchen oder wenn Unfälle passieren. Die Strafen reichen von Verwarnungen über Geldstrafen (bis zu 5.000 Yuan) bis zu Amtsenthebungen. Bei Straftaten werden die Betroffenen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Da es bislang kein nationales Geburtenplanungsgesetz gibt, sondern die Provinzen die Geburtenplanung selbst entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen regeln, kommt diesen Bestimmungen große Bedeutung zu. Diese stecken den organisatorischen Rahmen ab und schützen die rechtliche Position derjenigen, die der Geburtenplanung unterliegen. Die in der Verfassung festgeschriebene Pflicht zur Familienplanung wird freilich nicht angetastet. Es bedeutet jedoch einen Fortschritt, dass Frauen ein Recht auf fachgerechte Betreuung haben und Behandlungsfehler und Unregelmäßigkeiten geahndet werden können. -st-

Außenwirtschaft

16 Multilaterales Aufnahmeprotokoll für WTO-Beitritt erstellt

Auf der 16. Sitzung der Arbeitsgruppe China in der WTO, die die multilateralen Verhandlungen führt, war Anfang Juli ein Durchbruch bei den wichtigsten Positionen der WTO-Mitgliedsländer und China erreicht worden. (Siehe dazu C.a., 2001/06, Ü 24.) Auf der folgenden 17. Sitzung der Arbeitsgruppe vom 16.7. bis 20.7.01 wurden in Genf das multilaterale Aufnahmeprotokoll, sein Anhang sowie der Bericht der Arbeitsgruppe China abgeschlossen. Long Yongtu, Chefunterhändler der chinesischen Regierung bei der WTO, kündigte an, dass damit die Voraussetzungen für die endgültige Genehmigung der Dokumente auf der 18. Sitzung der Arbeitsgruppe im September geschaffen seien. Die Dokumente mit einem Umfang von mehr als 1.000 Seiten werden nun Long zufolge von der chinesischen Delegation mit nach China genommen, um hier mit den Vorbereitungen für die Umsetzung der Aufnahmeverpflichtungen zu beginnen.

Auch Pierre-Louis Girard, Vorsitzender der Arbeitsgruppe bei der WTO und WTO-Vertreter der Schweiz, bestätigte, dass die Arbeitsgruppe nahezu alle Einzelbereiche im Aufnahmepaket abschließen konnte. Das WTO-Sekretariat werde bald den überarbeiteten Entwurf des Berichts der Arbeitsgruppe sowie das Aufnahmeprotokoll nebst dem Anhang vorlegen. Girard geht davon aus, dass auf der Ministerkonferenz der WTO im November eine Entscheidung über die Aufnahme Chinas erfolgen wird. Nach Einschätzung von EU-Vertretern wird allerdings der Beitritt erst Anfang nächsten Jahres erfolgen können, da nach der WTO-Ministerkonferenz im November noch viele Formalitäten zu erledigen sind.

Gegensätze zwischen den Positionen der EU und den USA über die Liberalisierung im Versicherungssektor haben die Verhandlungen in den letzten Wochen belastet. Es geht dabei um ei-

ne Zusicherung der chinesischen Seite in den bilateralen Verhandlungen mit den USA, dass für die US-Versicherungsgesellschaft AIG eine Ausnahmeregelung nach dem WTO-Beitritt gelten soll. Während nämlich für neue Lebensversicherungsgeschäfte ausländischer Gesellschaften ein 50%iges Joint Venture mit einem chinesischen Partner als Bedingung gilt, soll die AIG ihre vier 100%igen Tochtergesellschaften in China behalten und weitere Niederlassungen gründen dürfen. Die EU sieht darin jedoch eine Verzerrung der Wettbewerbssituation zugunsten von AIG. Dagegen argumentieren die US-Vertreter, dass die AIG bestraft würde, wenn für sie dieselben Bedingungen gelten, da nämlich die anderen ausländischen Versicherer bereits chinesische Partner hätten.

Konkurrierende Positionen der EU und der USA hinsichtlich der Liberalisierung des chinesischen Marktes finden sich auch in anderen Bereichen. So gibt es beispielsweise Verständnis bei der EU, den Kfz-Sektor langsamer zu liberalisieren – wohl auch mit Blick auf die großen Investitionen von EU-Unternehmen wie VW. Bei den Mobilfunktelefonen würden die USA dagegen eine langsamere Marktöffnung wünschen, um den US-Firmen Zeit für eine Anpassung zu lassen. Auch bei den Agrarsubventionen gibt es unterschiedliche Meinungen. So akzeptiert die EU Agrarsubventionen, die USA lehnen sie dagegen ab. Während die USA in ihren Verhandlungen mit China auf die Reduzierung von Zöllen auf Alkoholika drängten, berücksichtigten sie jedoch nicht die EU-Produkte wie Whisky und Cognac.

Die Verhandlungen mit Mexiko waren Ende Juli zwar noch nicht abgeschlossen, allerdings wurden bilaterale Gespräche auf das Ende des Monats datiert. Mexiko verlangt eine Garantie von 13 Jahren, vor Dumping chinesischer Produkte geschützt zu sein. Diese Garantie ist die chinesische Regierung jedoch nur bereit, für einen Zeitraum von fünf Jahren zu geben. Allerdings soll Mexiko angekündigt haben, dass es sich einem Beitritt Chinas im September nicht widersetzen würde. (SCMP, 4., 19.7.01; XNA, 5., 8., 22.7.01; NZZ, 17., 18.7.01; FT, 21.7.01; AWSJ, 19.7.01) -schü-